

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [EU-InnenministerInnen sprechen sich für Stärkung des EU-Außengrenzschutzes aus](#) 2

Neues aus den Institutionen

Rat der Europäischen Union

- [Rat nimmt Omnibus-Verordnung an](#) 3
- [15 Jahre Partnerschaft zwischen der EU und China](#) 3
- [Tagung des Landwirtschafts- und Fischereirates](#) 4
- [Neue Arbeitsweise in der EU: Regionale Regierungen sollen ins Zentrum des europäischen Gesetzgebungsprozesses rücken](#) 4

Europäische Kommission

- [Beihilfe für britisches Atomkraftwerk ist unionsrechtskonform](#) 5

In eigener Sache

- [Das BMNT in der Gemeinsamen Vertretung](#) 6
- [Das BMDW in der Gemeinsamen Vertretung](#) 7
- [Stellenausschreibung Verwaltungspraktikant/in im Tirol Büro](#) 8
- [Sommergrüße](#) 8

Laufende Konsultationen 9

Tagesordnungen der Institutionen 10

Impressum und Abbildungsverzeichnis 10

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

EU-InnenministerInnen sprechen sich für Stärkung des EU-Außengrenzschatzes aus

Vergangene Woche fand in Innsbruck ein Treffen der EU-InnenministerInnen statt. Im Fokus der Debatten stand dabei der EU-Außengrenzschatz.

Die Landeshauptstadt war vergangene Woche Austragungsort des informellen Treffens der EU-InnenministerInnen. Zentrales Thema war dabei der effektive Schutz der europäischen Außengrenzen. Aber auch andere Punkte wie Maßnahmen zur Stärkung der EU-weiten Polizeikooperation, Maßnahmen gegen Schlepperei sowie gegen Antisemitismus wurden besprochen.

„Um Schengen zu retten, wollen wir engagiert an einem wirksamen EU-Außengrenzschatz und einer krisenfesten EU-Asylpolitik arbeiten“, so der österreichische Innenminister und EU-Ratsvorsitzende für innere Sicherheit, Herbert Kickl. Entsprechend dem österreichischen Motto für das zweite Halbjahr 2018, „Ein Europa, das schützt“, sei das Ziel des österreichischen Vorsitces im Bereich innere Sicherheit eine bürgernahe, krisenfeste und zukunftsfähige Sicherheitsunion.

Unter den EU-InnenministerInnen gebe es laut Kickl einen „breiten Konsens für einen Fokus auf den Schutz der EU-Außengrenzen“. FRONTEX, die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, soll demnach verstärkt werden. Zentrales Ziel der österreichischen Ratspräsidentschaft sei es, die Machenschaften der SchlepperInnen zu unterbinden und das

damit verbundene Sterben im Mittelmeer zu beenden. Dafür soll in Kooperation mit der Europäischen Kommission, dem Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und Drittstaaten gemeinsam ein Konzept erarbeitet werden.

Darüber hinaus wurde während des informellen Treffens auch über das Dublin-System debattiert, da sich die Umstände, unter denen das Dublin-System beschlossen wurde, größtenteils verändert hat. Der österreichische Vorsitz will in dieser Diskussion als Brückenbauer fungieren und zwischen den Mitgliedstaaten vermitteln.

Ein weiterer Punkt auf der Tagesordnung war der Umgang mit Menschen mit negativem Asylbescheid. Zur Diskussion standen unter anderem Rückfuhrzentren in Drittstaaten. Wenn eine Rückfuhrung in das Herkunftsland eines Antragstellers oder einer Antragstellerin nicht möglich ist, könnte die temporäre Rückfuhrung in Drittstaaten zur Beschwichtigung der angespannten Situation in Mitgliedstaaten an der EU-Außengrenze beitragen.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Rat nimmt Omnibus-Verordnung an

Der Rat der EU hat die sogenannte Omnibus-Verordnung, die die Vergaberichtlinien von finanziellen Mitteln der EU erleichtert, angenommen.

Die neue Verordnung wird die bestehende Haushaltsordnung, die den allgemeinen Rahmen für das Haushaltsmanagement der EU festlegt, sowie eine Reihe von Rechtsakten, die die Mehrjahresprogramme der EU in verschiedenen Bereichen einschließlich der Kohäsionspolitik regeln, ändern.

Der österreichische Finanzminister Hartwig Löger zeigt sich erfreut über diesen Schritt. Laut Löger mache die Verordnung das Leben aller Anspruchsberechtigten einfacher. Vor allem die Vergabe geringerer finanzieller Mittel wird zukünftig schneller und unbürokratischer durchgeführt werden können.

Die Änderungen umfassen unter anderem die Ausweitung vereinfachter Kostenoptionen und

eine stärkere Ergebnisorientierung der zu fördernden Projekte. Um Mehrfachkontrollen zu vermeiden, soll sich die EU stärker auf Prüfungen, Bewertungen und Genehmigungen anderer Institutionen wie den Vereinten Nationen, der Weltbank oder der Mitgliedsstaaten selbst stützen. Die Kombination von Finanzierungsquellen wird ebenfalls leichter.

All diese Verbesserungen werden voraussichtlich zu einer deutlichen Verringerung des Verwaltungsaufwands für alle an der Durchführung des EU-Haushalts Beteiligten führen.

[Mehr Informationen](#)

15 Jahre Partnerschaft zwischen der EU und China

Anlässlich des 20. EU-China-Gipfels feierten beide Seiten den 15. Jahrestag der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und China.

Die strategische Partnerschaft hat die Qualität der Beziehungen zwischen der EU und China erheblich verbessert, wobei wichtige Ergebnisse in Politik, Wirtschaft, Handel, Kultur und anderen Bereichen erzielt wurden. Die Staats- und Regierungschefs beider Seiten bekräftigten ihr Engagement für die Vertiefung ihrer Partnerschaft für Frieden, Wachstum und Reformen auf der Grundlage von gegenseitiger Achtung, Vertrauen, Gleichheit und beiderseitigem Nutzen durch die umfassende Umsetzung der strategischen Agenda 2020 EU-China.

Im Anschluss an den Gipfel einigten sich der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, und der chinesische

Premierminister Li Keqiang auf eine gemeinsame Erklärung zum Thema Klimawandel und saubere Energie.

Vor dem Hintergrund der US-amerikanischen Strafzölle auf europäische und chinesische Produkte bleibt abzuwarten, inwieweit die EU und China eine [gemeinsame Position](#) gegen US Präsident Trump einnehmen werden. Während die deutsche Bundeskanzlerin noch auf eine Entschärfung der Situation hofft, glaubt EU-Kommissar Oettinger, dass sich ein Handelskrieg zwischen EU und USA nicht mehr vermeiden ließe.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Tagung des Landwirtschafts- und Fischereirates

Die österreichische Ratspräsidentschaft stellte ihr Arbeitsprogramm und ihre Prioritäten in den Bereichen Landwirtschaft und Fischerei vor. Schwerpunkte sollen die Gewährleistung der Ernährungssicherheit und der Vitalität der ländlichen Gebiete sein.

Für den Landwirtschaftsbereich werden die wichtigsten Prioritäten des österreichischen Ratsvorsitzes darin bestehen, bei den Verhandlungen über den Vorschlag zur Modernisierung und Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 und zur Verbesserung der Position der EU - Mitglieder so weit wie möglich voranzukommen. Weitere Schwerpunkte sind: Pflanzengesundheit, Bioökonomie, Veterinär- und Pflanzenschutz sowie Themen der Forstwirtschaft.

Im Fischereisektor wird die Präsidentschaft die Verhandlungen über die Fangbeschränkungen für 2019 leiten. Darüber hinaus wird die Arbeit an den Mehrjahresplänen für das westliche Mittelmeer fortgesetzt.

Im Allgemeinen soll die österreichische Ratspräsidentschaft eine Entbürokratisierung bringen. "Landwirte sollten mit der Landwirtschaft beschäftigt sein, nicht mit dem Ausfüllen von Papierkram oder der Interpretation schwerfälliger Regeln. Wir möchten, dass die zukünftige Gemeinsame Agrarpolitik benutzerfreundlich und für alle Landwirte unabhängig von der Größe ihrer landwirtschaftlichen Betriebe leicht zugänglich ist", sagte Juliane Bogner-Strauss, Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend, die BM Köstinger vertrat.

[Mehr Informationen](#)

Neue Arbeitsweise in der EU: Regionale Regierungen sollen ins Zentrum des europäischen Gesetzgebungsprozesses rücken

Der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) begrüßt eine breite Palette von Empfehlungen, die den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften neben den nationalen Behörden ein größeres Mitspracherecht bei der Vorbereitung, Verabschiedung und Umsetzung der EU-Politik einräumen würden.

Die von der Task Force für Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit vorgeschlagenen Maßnahmen dienen dazu, eine neue Arbeitsweise der EU sicherzustellen. Diese strukturellen Veränderungen könne den Anliegen und Belangen lokaler und regionaler Gebietskörperschaften besser Rechnung tragen.

„Diese Task Force zielt darauf ab, die Wirksamkeit der EU-Politik durch bessere Teamarbeit zu verbessern und einen echten Mehrwert für die EU im Leben unserer Bürger zu schaffen“, so der Präsident des Ausschuss der Regionen, Lambert. Der Bericht plädiert für den

Einbezug aller Regierungsebenen in die Ausformulierung von Verordnungen und Richtlinien. Weiters, hätten die Maßnahmen das Potenzial, die Rolle von Städten und Regionen im Entscheidungsprozess zu transformieren, so Lambert. Der Ansatz der "aktiven Subsidiarität" sehe vor, das Potenzial aller involvierten Entscheidungsebenen zu nutzen, um sicherzustellen, dass jeder und jede profitiert.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Beihilfe für britisches Atomkraftwerk ist unionsrechtskonform

Das Gericht der EU (EuG) hat den Beschluss der Kommission, nationale Beihilfen für die Erweiterung des britischen Atomkraftwerks Hinkley Point C zu genehmigen, bestätigt.

Österreich hatte gegen den Beschluss der Kommission Nichtigkeitsklage beim EuG erhoben. Diese Klage wurde nun vom EuG abgewiesen. In der [Urteilsbegründung](#) heißt es, dass die Annahme der Kommission, die Förderung der Kernenergie sei ein Ziel von gemeinsamem Interesse, nicht zu beanstanden sei. Das Ziel müsse nicht unbedingt im Interesse aller Mitgliedstaaten oder der Mehrheit der Mitgliedstaaten liegen. Das EuG führt des

Weiteren aus, dass jeder Mitgliedstaat das Recht hat, zwischen verschiedenen Energiequellen zu wählen, und die strittige Maßnahme auch im Einklang mit dem Ziel der Euratom-Gemeinschaft steht, Investitionen im Bereich der Kernenergie zu erleichtern.

[Mehr Informationen](#)



In eigener Sache

Das BMNT in der Gemeinsamen Vertretung

Nach dem ersten Agrarministerrat unter österreichischer Präsidentschaft trafen sich die Delegierten in unserer Vertretung. Bei der Begrüßung hat Dr. Richard Seeber, Direktor des Tirol Büros, auf die Bedeutung der Berglandwirtschaft und des nachhaltigen Tourismus für Tirol hingewiesen.





In eigener Sache

Das BMDW in der Gemeinsamen Vertretung

Das BMDW war zusammen mit den Handelsattachés zu Gast bei uns in der Gemeinsamen Vertretung. Bei der Begrüßung hat Dr. Richard Seeber, Direktor des Tirol Büros, auf die Bedeutung der Exporte für die Tiroler Wirtschaft hingewiesen.





In eigener Sache

Stellenausschreibung Verwaltungspraktikant/in im Tirol Büro

Das Tirol Büro sucht eine/n mindestens zweisprachige/n (Deutsch und Englisch), engagierte/n Verwaltungspraktikanten/in für den Zeitraum 1.9.18 bis 31.8.19 in Brüssel. Bewerbungen sind direkt an Dr. Richard Seeber (richard.seeber@tirol.gv.at), Direktor des Büros und an die Personalabteilung des Amtes der Tiroler Landesregierung (organisation.personal@tirol.gv.at) zu richten. Für weitere Fragen sind wir unter der Nummer +32 27 43 27 00 erreichbar.

Sommergrüße

Dr. Richard Seeber und sein Team des Tirol Büros in Brüssel wünschen einen erholsamen und erlebnisreichen Sommer. Der nächste Newsletter mit den wichtigsten Informationen aus den EU-Institutionen wird im kommenden Herbst erscheinen.



Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Öffentliche Konsultation zu den EU-Vermarktungsnormen für Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei
17 Juli 2018 - 9 Oktober 2018

[Strategie für die langfristige Verringerung der Treibhausgasemissionen der EU](#)

Klimaschutz
17 Juli 2018 - 9 Oktober 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bestandsaufnahme des Konzepts der „besseren Rechtsetzung“ der Kommission](#)

Institutionelle Angelegenheiten
17 Juli 2018 - 23 Oktober 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Richtlinie betreffend der kommunalen Schmutzwasseraufbereitung](#)

Umwelt
13 Juli 2018 - 19 Oktober 2018

[Öffentliche Konsultation zur Sommerzeitregelung](#)

Verkehr
4 Juli 2018 - 16 August 2018

[Evaluierung der Tätigkeiten des Amtes der Europäischen Union für geistiges Eigentum \(EUIPO\) im Bereich der Durchsetzung und der Europäischen Beobachtungsstelle für Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums \(Verordnung \(EU\) Nr. 386/2012\)](#)

Unternehmen und Industrie, Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Binnenmarkt
3 Juli 2018 - 2 Oktober 2018

[Öffentliche Konsultation zu einer neuen Online-Plattform für den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten der Kommission](#)

Institutionelle Angelegenheiten
29 Juni 2018 - 21 September 2018

[Fangmöglichkeiten für 2019 im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei
11. Juni 2018 - 21. August 2018



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Andreas Pletzenauer

Abbildungsverzeichnis

Seite 7: Bild 1 & Bild 2: Tirol Büro

Seite 8: Bild 1 & Bild 2: Tirol Büro